

# Post aus Berlin

Newsletter der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)







## Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann:

- Haushaltsausschuss
- Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

- Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

 <https://t.me/pboehringer>

 [peter.boehringer@bundestag.de](mailto:peter.boehringer@bundestag.de)

 [www.pboehringer.de](http://www.pboehringer.de)

 [/PeterBoehringer](https://twitter.com/PeterBoehringer)

 [/pboehringer](https://www.instagram.com/pboehringer)

 [/Peter.BoehringerCom](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom)

## Lindners Aktienrente auf Pump ist ein Projekt zulasten der jungen Generation

Finanzminister Lindner hat weitere Details zur Umsetzung der geplanten Aktienrente vorgestellt. Demnach soll in den nächsten Jahren ein dreistelliger Milliardenbetrag in einem staatseigenen Fonds gesammelt und nach sogenannten Nachhaltigkeitsprinzipien (ESG-Kriterien) investiert werden. Frühestens in 15 Jahren sollen erste Zuschüsse an die Rentenversicherung fließen.

Der angekündigte Milliarden-Kapitalstock für die Rente besteht ausschließlich aus neuen Schulden, die die künftigen Steuerzahler mit Zins zurückzahlen müssen. Die Aktienrente ist somit eine Politik zulasten der jüngeren Generationen. Mit Generationengerechtigkeit hat das nichts zu tun. Vielmehr wird hier in einem Akt der Verzweiflung der letzte verbliebene Trumpf Deutschlands – seine Bonität – zur vorübergehenden Milderung des Rentenproblems genutzt.

Ob der Staat im Umfeld sinkender Liquidität jedoch überhaupt eine Rendite erwirtschaften kann, die über die Zinslast hinausgeht, ist fraglich. Selbst unter optimistischen Annahmen wird hier allenfalls eine symbolische Überrendite generiert, welche den Finanzbedarf der Rentenversicherung nicht annähernd deckt.

Der Staat schwingt sich zu einem Hedgefondsmanager auf, ohne dabei nennenswerte Entlastungen für die Rentenkasse erzielen zu können – und wälzt das Risiko von Verlusten aus den Aktiengeschäften auf den Steuerzahler ab. Denn sollte der staatliche Investitionsfonds nicht genug Rendite erwirtschaften, springt nach Lindners Vorstellungen der Steuerzahler ein. Der größte direkte Effekt dieser Maßnahmen dürfte also in der Umleitung eines dreistelligen Milliardenbetrags in die sogenannten nachhaltigen Industrien bestehen, was jedoch das Gegenteil von dem ist, was die deutsche Industrie aktuell braucht. Ob die Gelder überhaupt in Deutschland investiert werden sollen, ist zudem offen. **Am Ende bleibt viel Ideologie und Schaufensterpolitik, eine Lösung des Rentenproblems ist das nicht.**

## Lebensmittel – Wer soll das bezahlen?

Immer teurer – immer weniger fürs Geld. Nahrungsmittel sind zwischen Dezember 2021 und Dezember 2022 um durchschnittlich 20,7 Prozent teurer geworden; einige Lebensmittel, wie beispielsweise Sonnenblumenöl, haben ihren Preis sogar versechsfacht und sind damit so teuer wie nie. Doch es trifft auch Brot, Äpfel, Butter, Kaffee und Schokolade. Während der Einkaufswagen früher gut gefüllt war, ist jetzt für den gleichen Betrag kaum mehr der Wagenboden bedeckt.

Und wer hat das Nachsehen? Wie immer der Verbraucher – und hier in erster Linie ärmere Haushalte, bei denen ein verhältnismäßig großer Teil der Ausgaben für Nahrungsmittel aufgewendet werden muss. Doch auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen trifft die Inflation. Zahlreiche Bäckereien etwa mussten seit Herbst schließen, weil sie dem Kostendruck nicht mehr standhalten konnten.

Endlich handeln, statt reden!

Verkorkste Energiepolitik!

Die Regierungsparteien machen es sich leicht und schieben die Preissteigerungen auf die Ukraine-Krise, aber das ist nur die halbe Wahrheit. Die Ukraine-Krise ist nicht die Ursache der Inflation, die schon vor dem Februar 2022 besorgniserregend angestiegen war, sondern wirkt schlicht als Verstärker bereits vorhandener Ungleichgewichte. Neben dem Krieg ist nämlich in erster Linie die verkorkste Energiepolitik der Bundesregierung schuld an der Misere. Produktionskosten, Sprit- und Gaspreise und Lieferkettenprobleme sind hausgemacht, hinzukommen dann auch noch Düngemittelkrise und gestiegene Rohstoffpreise.

Gemeinsam mit meiner Fraktion fordere ich daher nachdrücklich in unserem Eckpunktepapier, die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel zeitlich befristet von 7 Prozent auf 0 Prozent zu senken, um die Entlastung einkommensschwacher Haushalte zu erreichen. Ebenso muss die Mehrwertsteuer für Treibstoffe (Benzin, Diesel) zeitlich befristet auf null Prozent gesetzt werden sowie für Verbraucher die Mehrwertsteuer für Energie (Strom, Gas, Heizöl, Fernwärme, Kohle). Das Leben in Deutschland muss endlich wieder bezahlbar werden!

## Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

• Verteidigungsausschuss

✉ [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

🐦 @PeterFelser

📘 /peterfelserafd

🌐 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)



## Fachkräftestrategie der Bundesregierung - ein Angriff auf unseren Wohlstand

Die Bundesregierung scheint keine Lösung für den chronischen Fachkräftemangel in Deutschland zu haben. Statt die Förderung und Ausbildung von tatsächlichen Fachkräften zu priorisieren, fördert sie unqualifizierte Masseneinwanderung. Von den 13 Millionen Menschen, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, war nur jeder Zehnte ein Arbeitsmigrant. Dies bedeutet, dass die bis 2022 hauptsächlich jungen Männer nicht wie oft behauptet unseren Arbeitsmarkt bereichern. Selbst für eine einfache Tätigkeit im Supermarkt oder in der Gastronomie stehen sie nicht zur Verfügung. Sie bedienen sich überwiegend an unserem Wohlstand und bauen ihn somit sukzessive ab.

Dies habe ich im Bundestag in meiner letzten Rede stark kritisiert:

[https://www.youtube.com/watch?v=v4\\_A29DCFU0](https://www.youtube.com/watch?v=v4_A29DCFU0)

Es ist an der Zeit, dass die Regierung sich endlich zukunftsorientierten Lösungen zuwendet und den Unternehmen wieder ermöglicht die Arbeitsproduktivität ihrer Mitarbeiter zu erhöhen. Für neue Ideen zu praxisnahen Lösungen stehen interessierten und diskussionsfreudigen Bürgern ab sofort auch Ansprechpartner in meinem Weilheimer Bürgerbüro zum konstruktiven Austausch zur Verfügung. [https://www.youtube.com/watch?v=u6R\\_OroGij8](https://www.youtube.com/watch?v=u6R_OroGij8)

Die Produktivität in Deutschland stagniert auch aufgrund von explodierenden Energiekosten, der höchsten Steuer- und Abgabelast der Welt, wuchernder Bürokratie, maroder Infrastruktur, schlechter Schulbildung und abnehmenden Aufstiegschancen. Das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft und den Sozialstaat sinkt. Laut Umfragen befürchten die Mehrheit der Deutschen eine düstere Zukunft. Eine ZEW-Studie bestätigt diese Befürchtung. Sie zeigt, dass Deutschland als Industriestandort auf den 18. Rang zurückgefallen ist.



**Gerrit Huy, MdB**

Wahlkreis 226: Weilheim  
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Familienausschuss/Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

✉ [gerrit.huy@bundestag.de](mailto:gerrit.huy@bundestag.de)

🐦 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

📘 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

🌐 [www.gerrithuy.de](http://www.gerrithuy.de)

📷 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

📧 [t.me/gerrithuy](https://t.me/gerrithuy)

▶ YouTube

🔥 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)





## Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

#### Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss



@Dr\_Rainer\_Kraft



www.rainer-kraft-mdb.de



/RainerKraftAfD



/dr.rainer.kraft

## Die Bundesrepublik, Sieger ohne Gegner?

Es gibt wohl kaum einen Bereich innerhalb der Bundespolitik welcher mehr Aufmerksamkeit bekommt als die sogenannte Klimapolitik. Die Zeit, Energie und vor allem die Steuereuros die in den vergangenen 20 Jahren in diesen Bereich geflossen sind ohne jedes Beispiel. 500 Milliarden an Vermögenswerte der Bundesbürger aber auch der Unternehmen wurden zwangsweise in diesen Sektor umgeleitet. Zieht man nun ein Resümee aus diesen Anstrengungen sieht die Bilanz ziemlich armseelig aus.

Derzeit weist der Energiesektor CO<sub>2</sub>-Emissionen pro kWh von rund 700 g aus. Damit bildet Deutschland zusammen mit Polen und Zypern das europäische Dreigestirn mit den höchsten Emissionswerten. In Deutschland wurden diese durchschnittlichen Emissionswerte zuletzt in der Mitte der 90er Jahre erreicht, also vor fast 30 Jahren.

Die Politik zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen hat also nur äußerst bescheidene Fortschritte erzielt, die in keiner Relation zu den aufgehäuften Kosten stehen.

Trotzdem wird die Regierung nicht müde die Fortschreibung dieser Politik zu betonen, wie immer soll mehr Geld der Steuerzahler die grundsätzlichen Denkfehler des Konzeptes überdecken. Einer dieser Denkfehler ist, dass alle an-

deren Länder der deutschen Politik die, wie wir gesehen haben, mit massivem finanziellem Einsatz fast nichts erreicht hat, folgen wird. Da der deutsche Beitrag zu den globalen industriellen CO<sub>2</sub>-Emissionen mit ~2% überschaubar ist, ist auch den größten Klimahysteriker bewußt, dass ohne das Zutun der Staatengemeinschaft der deutsche Opfergang umsonst ist. Und dieses Zutun bleibt aus. China z.B. hat seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens in 2015 einen Zuwachs seiner CO<sub>2</sub>-Emissionen erfahren der doppelt so groß ist wie die deutschen Gesamtemissionen. Allein der Anstieg von 2020 auf 2021 entspricht 76% der gesamten deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Und China zeigt keinerlei Anzeichen sich ernsthaft mit der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu befassen. Zwar werden alte ineffiziente Kohlekraftwerke geschlossen, jedoch nur um durch modernere, effizientere ersetzt zu werden. Eine Abkehr von fossilen Energieträgern steht offensichtlich nicht zur Debatte. Deutschland ist also nicht, wie immer wieder von der Regierung behauptet das leuchtende Vorbild, nein, wir sind das abschreckende Beispiel.

Diese wohlstandszerstörende Politik muß daher beendet werden. Für diesen fundamentalen Richtungswandel in der deutschen Politik steht aber nur die Alternative für Deutschland.

## EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Parlamentsrechte gestärkt

Als Mitglied im Verteidigungsausschuß und einziger AfD-Abgeordneter bin ich auch Mitglied der deutschen Delegation bei der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union (Interparliamentary Conference IPC). Dort, wie auch im Bundestag, kämpfe ich seit Jahren gegen ein demokratisch nicht kontrolliertes Handeln der Bundesregierung in Fragen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Bisher war, trotz aller Bemühungen, eine proaktive Mitwirkung und Einflussnahme auf die Willensbildung der Bundesregierung nicht möglich, weil wir als nationale Volksvertreter trotz elementarer Auswirkungen auf die Sicherheitsarchitektur unseres Landes nur auf eine nachvollziehende Rolle beschränkt waren und immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt wurden, die ausschließlich in Brüssel entschieden wurden.

So gaben, unter dem Deckmantel europäischer Projekte und geleitet durch eine „klimaneutrale“, „geschlechtergerechte“ Außenpolitik, EU-Vertreter beispielsweise im Rahmen des europäischen Verteidigungsfonds, mit Billigung der Bundesregierung, größtenteils deutsches Geld für die „Ertüchtigung“ der Sicherheit in Drittstaaten in Afrika oder Zentralasien aus. Und das

geschah alles an der Öffentlichkeit und dem Parlament vorbei.

Mangels frühzeitiger Information und Einbindung fand eine Befassung durch den Bundestag unter Abwägung möglicher Auswirkungen auf nationale Sicherheitsinteressen und Belange der deutschen Wehrtechnischen Industrie nicht statt.

Dem hat nun das Bundesverfassungsgericht Ende Oktober 2022 dauerhaft einen Riegel vorgeschoben. Das Urteil zwingt die Bundesregierung zur Herstellung einer „Informationssymmetrie“ zwischen Parlament und Regierung.

Um dies umzusetzen und die lange erhoffte und nun gerichtlich eingeforderte, fundierte und verantwortungsvolle Mitwirkung des Bundestages zu erfüllen, setze ich mich für die zeitnahe Bildung eines eigenen Bundestagsausschusses mit den jeweiligen Fachpolitikern für Europäische Außen- und Sicherheits- sowie Verteidigungspolitik ein. Weil die Bundesregierung künftig ohne Beteiligung des Bundestages keine konkreten Initiativen in Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten der EU ergreifen oder an Beschlussfassungen mitwirken darf, gibt es nun endlich für mich als Verteidigungspolitiker ein scharfes demokratisches Schwert, um wirksam gegen die Vergemeinschaftung unserer nationalen Sicherheitspolitik und die Schaffung einer europäischen Armee einzutreten.



**Gerold Otten, MdB**

**Wahlkreis 221: München Land**

**Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**

**Ordentliches Mitglied:**

- **Verteidigungsausschuss**
- **Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung**
- **Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik**
- **NATO Parlamentarische Versammlung**



/GeroldOttenAfD



@gerold\_otten



/gerold.otten

Web: [www.mdb-otten.de](http://www.mdb-otten.de)



/t.me/MdB\_Otten



## Gedenktag zweimal anders

In Deutschland gibt es viele Gedenktage. Manche sind sinnvoller als andere und Neuschöpfungen sind heutzutage in aller Regel links-draußen aufgeschnappt und aufgebauscht.

Nicht zuletzt durch die wiederholten Angriffe in Zügen, inklusive des traurigen Höhepunktes kürzlich zwischen Hamburg und Kiel, sieht man, dass die lang erarbeitete Kultur einer echten friedlichen Zivilgesellschaft in Gefahr ist. Ein guter Teil davon beruht auch heute noch auf dem christlichen Menschenbild, selbst wenn den Amtskirchen - oft verständlich - die Mitglieder in Scharen davonlaufen. Gleichzeitig sind Christen die weltweit am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft. Auch bei uns in Deutschland finden sich immer mehr Angriffe oder auch Abwertungen von Christen im Alltag. Daher hat die AfD Fraktion die Einführung eines internationalen Tages gegen die Christenverfolgung verlangt. Dieser soll bei den Vereinten Nationen beantragt werden und am 15. Februar stattfinden.

An diesem 18. März jährt sich aber auch etwas ganz anderes zum 175. Mal: Nämlich mit dem Ausbruch von patriotischen Aufständen in Berlin der Beginn der Bürgerlichen Deutschen Revolution von 1848. An deren Ende stand die Verfassung der Paulskirche in Frankfurt.

Während wir in Deutschland heute nur über einen sehr flachen sog. Verfassungspatriotismus der Bonner Prägung an die demokratische Tradition erinnern, wird es Zeit, auch über einen Gedenktag am 18. März regelmäßig der fast gelungenen ersten demokratischen Staatsgründung 1848 zu gedenken. Selbst Frank-Walter Steinmeier konnte nicht umhin, in einem Debattebeitrag einer Zeitung einmal ausführlich zuzugeben, dass demokratische deutsche Tradition im historischen Kontext zu kurz komme (Die Zeit, 14.03.2019).

Dass dieser Anstoß aber konsequent nur von Seiten der AfD kommen kann, ist logisch. Gerade in Zeiten, in denen unsere Demokratie von denen, die sie angeblich verteidigen, ruiniert wird, ist dies umso wichtiger. In einem Bundesland wie Berlin ist man gerade dabei, die 2. Wahl in Folge im Chaos versinken zu lassen. Der Verfassungsschutz wird gegen uns missbraucht und der Asylartikel des Grundgesetzes in seiner Anwendung vollkommen entstellt. Echte Demokratie sieht anders aus, das ist nur noch die Verwaltung des Niedergangs. Vielleicht lässt ein Gedenktag an die Aufstände vom 18. März 1848 ein ganz kleines Stück aufhorchen.

### Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

## Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln gewährleisten

Das Thema Ernährungssicherheit war im letzten Jahr so brisant wie schon lange nicht mehr und begleitet uns auch in diesem Jahr noch weiterhin. Zusätzlich dazu die hohe Inflation. Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2022 um 7,9 % gegenüber 2021 erhöht. Maßgeblichen Anteil an der stärksten Geldentwertung seit 40 Jahren haben die Energiepreise. Doch auch die Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich deutlich.

Um weiteren Lebensmittelpreissteigerungen entgegenzuwirken, müssen vor allem auch die Preise für Düngemittel spürbar sinken. Für die Düngemittelherstellung wird Erdgas als Rohstoff und Energiequelle benötigt. Aufgrund dessen sind Düngemittel seit Monaten knapp und teuer.

In einer Schriftlichen Frage hat der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, deshalb nachgehakt, mit welchen Maßnahmen sich das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft konkret dafür einsetzt, dass die Düngemittelproduktion in Deutschland ausgeweitet wird. Wie sich herausstellte, leugnet die Bundesregierung die Düngemittelknappheit jedoch. Sie sieht aktuell keinen Bedarf im Bereich der Düngemittelproduktion in den freien Markt einzugreifen, da nach wie vor ausrei-

chend Düngemittel am Markt verfügbar seien.

Um also die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in Deutschland auch weiterhin zu gewährleisten und um weiteren Lebensmittelpreissteigerungen entgegenzuwirken, hat die AfD Fraktion Ende letzten Jahres das Eckpunktepapier zur Sicherung der Ernährungssicherheit und für bezahlbare Lebensmittelpreise vorgestellt.

<https://afdbundestag.de/eckpunktepapier-ernaehrungssicherheit-bezahlbare-lebensmittelpreise/>

Um uns vor Lebensmittelknappheiten und neuen Importabhängigkeiten zu bewahren und zu schützen, sind wir auf eine produktive und leistungsfähige heimische Land- und Ernährungswirtschaft angewiesen. Eine besonders wichtige Rolle kommt dabei den bäuerlichen Familienbetrieben zu, die sich derzeit unverschuldet in einer überaus schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden. Hier sind dringend spürbare Entlastungen nötig. Das Eckpunktepapier der AfD-Fraktion beinhaltet die dafür notwendigen Maßnahmen.



**Stephan Protschka, MdB**

**Wahlkreis 230: Rottal-Inn**

**Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

@ stephan.protschka@bundestag.de

f /protschka.stephan

www www.stefhan-protschka.de



## Linke verharmlosen den Nationalsozialismus - Mitten im Bundestag!

Es ist erschreckend, wie sehr Links-Grüne mittlerweile die Verbrechen des Nationalsozialismus relativieren und verharmlosen, indem sie bei jeder ihrem ideologischen Weltbild zuwider laufenden Äußerung sofort reflexartig den Nazi-Vergleich auspacken.

Die aktuellste diesbezügliche Entgleisung kommt vom obersten parlamentarische Abgeordnete der Linken, Jan Korte: Während ich über den Völkermord an den Jesiden im Irak sprach, bei dem hunderttausende Menschen grausam durch den IS verfolgt und ermordet wurden, beschimpfte Korte Anwesende Opfer des Völkermords und deren Angehörige als „Scheiß Nazis“, nur weil diese meiner Rede applaudierten. Was Korte als auch SPD, Grünen, FDP und Union gar nicht passte, aber den Opfern aus dem Herzen sprach, wie viele mir im Nachgang bestätigten, war, dass ich als einziger Abgeordneter explizit über die Täter sprach wie auch die Probleme mit dem radikalen Islam hierzulande: Islamische Clans und muslimische Kriegsverbrecher, die im Rahmen des Asylrechts fälschlicherweise unsere Hilfe und Unterstützung bekommen, obwohl sie nicht Verfolgte, sondern Verfolger sind. Ich forderte die anderen Fraktionen auf, endlich damit aufzuhören IS-Sympathisanten und Islamisten zu decken und zu unterstützen.

Gerade die Linken und Grünen kuscheln paradoxerweise gerne mit jenen, die das genaue Gegenteil ihres tolerant-bunten Weltbildes sind: Hochrangige Vertreter der Grünen wurden bei Veranstaltungen der rechtsradikalen Grauen Wölfe der Türkei gesehen. Claudia Roth begrüßt freudig strahlend islamistischen Mullahs aus dem Iran, wo Frauen und Homosexuelle verfolgt und erschlagen werden, als ihre langjährigen Freunde. Mehrere Bundestagsabgeordnete von SPD, Grünen und Linke sind Mitglieder in der antisemitischen Palästinensischen Gesellschaft. Diejenigen, die sonst als allererstes die Moralkeule schwingen, zeigen sich selbst auf dem rechtsextremen und islamistischen Auge völlig blind.

Wir müssen uns in Deutschland ehrlich machen: Wenn wir über Missstände im Asylrecht und über Völkermorde sprechen, müssen wir offen über die Täter sprechen können, ohne dafür diffamiert zu werden. Es darf kein Schweigen, kein Schönreden geben, bloß weil die Wahrheit nicht ins ideologische Bild links-grüner Politiker passt. Egal ob Silvesterrandale, Messerangreifer oder der Völkermord an den Jesiden: Nur wenn wir darüber ohne Tabu reden, können wir Missstände beheben.

### Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Gesundheit
  - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Gesundheitspolitischer Sprecher

 /sichertmartin

 /martinsichert

 /martinsichertinfo

 /MartinSichertMdB

 /Martin\_Sichert

 martin.sichert@bundestag.de

## Grüne Heuchelei: französische Kernkraft feiern, deutsche zerstören!

Wie verlogen darf die Debatte zur Kernenergie eigentlich sein? Hinter verschlossenen Türen erlebt man dazu Erstaunliches. Als Teilnehmer einer Beiratssitzung der Bundesnetzagentur, die u.a. für die Stromnetze zuständig ist, bekam ich Ende Januar ein plakatives Beispiel grüner Doppelzüngigkeit mit: Agenturchef Klaus Müller, Habecks grüner Parteifreund, lobte den wichtigen Beitrag der Kernkraft zur Stabilität des deutschen Stromnetzes! Er ruderte sehr schnell zurück: um deutsche Kernkraftwerke ginge es ihm natürlich nicht, sondern um französische.

Mit der ideologischen Ampel-Energiepolitik wird Deutschland immer mehr vom Ausland abhängig gemacht, auch in Sachen Elektrizität. Je mehr die deutsche Stromversorgung auf Wind und Sonne setzt, desto mehr Lieferlücken müssen gefüllt werden. Teures Gas eignet sich dafür nur sehr schlecht, wie wir alle auf unseren Stromrechnungen schmerzhaft sehen. „Grüne“ Strategien sind mit den explodierenden Gaspreisen aufs Neue widerlegt, und es muss daran erinnert werden: auch hierbei trägt die Regierung ihre Mitschuld, weil sie mit ihrer Sanktionspolitik den russischen Lieferstopp provoziert hat.

Deutsche Stromverbraucher dürfte es ein wenig erleichtern, dass der französische Senat am 24.1.2023 mit 239:16 Stimmen für einen beschleunigten Bau von bis zu 14 neuen Kernkraftwerken gestimmt hat. Französische Kernkraftwerke decken schon heute mehr als die Hälfte des dortigen Strombedarfs und werden auch künftig Deutschland mit beliefern, solange Frankreich den Strom nicht komplett selbst benötigt. Die Verbraucher hierzulande müssen freilich teuer für diesen Import zahlen. Auch weitere Nachbarländer investieren in Kernkraftwerke, namentlich Polen und die Niederlande, und verlängern die Laufzeiten ihrer Anlagen, wie nun Belgien.

Die verlogene grüne Anti-Kernkraft-Politik, der sich die Koalitionspartner SPD und FDP beugen, wird immer mehr unter Druck kommen. Überall, wo wir können, stärkt die AfD-Bundestagsfraktion diesen Druck. Auch der tägliche Einsatz an der Parteibasis trägt dazu bei und ist sehr wichtig. Für die Zukunft unseres Landes ist das auch jeden Einsatz wert!

**Wolfgang Wiehle, MdB**

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

✉ [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

f /w.wiehle

www [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)



**Gefällt Ihnen unser  
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
**[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)**



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**